

Notlandung in der Vogel-Pflegestation

Wenn im Kanton St. Gallen oder im Appenzellerland Vögel verunglücken, finden sie Aufnahme in der Wiler Auffangstation.

Adrian Zeller

Ernst Weibel übt diese Tätigkeit nicht wegen des Geldes aus, sondern: «Weil ich sie gerne mache.» Seit Mai 2019 unterhält der 68-Jährige im Bergholzquartier im Auftrag des Kantons St. Gallen eine Auffangstation für verletzte und kranke Vögel. Zu ihm gelangen Drosseln, Mauersegler, Schwalben, Buntspechte, Haussperlinge und weitere Arten zur Pflege. Für sein Engagement erhält er vom Kanton eine bescheidene Pauschalentschädigung.

Während der Brutperiode hat er besonders viel zu tun, da muss er sich um aus dem Nest gefallene sowie um flügge gewordene Jungvögel kümmern. Vom Tagesanbruch an bis zum Sonnenuntergang verlangen die Tiere nach Nahrung. Weibel füttert sie alle zwei Stunden, gelegentlich auch öfters. «Dies sind manchmal strenge Tage», sagt er. Mit einer Spritze verabreicht er ihnen ein aus Pulver angerührtes Nahrungskonzentrat. Bei Bedarf gibt er ihnen auch mal Antibiotika.

Enormer Schatz an Wissen und Erfahrung

Die Tiere werden ihm von Wildhütern, von der Polizei, aber auch von Privatpersonen gebracht. Sie stammen aus dem ganzen Kanton St. Gallen sowie



Zu Gast in der Vogelauffangstation: Ein verletzter Star, der sich gut erholt und im Frühjahr wieder in die Freiheit fliegt.

Bild: Hans Suter

aus dem Appenzellerland. «Oft sind es junge Leute, die mir die Vögel bringen.» Im Durchschnitt benötigen die Tiere drei Wochen Pflege, bis sie wieder in die freie Wildbahn entlassen werden. Alle betreuten Patienten

werden statistisch erfasst. Der pensionierte Maschinenmechaniker kennt sich mit der gefiederten Tierwelt aus. Seit 57 Jahren engagierte er sich hobby-mässig für Vögel. In der Kleintieranlage im Bergholz züchtet

er Exoten. Ausserdem kümmert er sich im Auftrag der Stadt seit 24 Jahren auch um die Enten und die Schwäne am Stadtweiher. «Gelegentlich hilft mir auch mein Sohn bei der Arbeit.» Beide zusammen verfügen über

einen grossen Wissens- und Erfahrungsschatz über die Vogelwelt. Wenn ihnen mal eine Information fehlt, greifen sie zu ihren Handbüchern oder machen sich im Internet kundig. Für seine Tätigkeit benötigt er

«Oft sind es junge Leute, die mir die Vögel bringen.»



Ernst Weibel
Betreuer Vogelauffangstation

vom Amt für Natur, Jagd und Fischerei diverse Bewilligungen. «Wildvögel gefangen zu halten, ist streng verboten.» Nur dank einer Spezialerlaubnis darf er die Tiere vorübergehend beherbergen. Zudem wurde seine Anlage von Vertretern des Amtes vorgängig inspiziert und für geeignet qualifiziert.

Vorerst will er sich ein weiteres Jahr um die Vögel kümmern, die seiner Hege bedürfen. Wenn es die Gesundheit zulässt, wird er sein Engagement anschliessend befristet verlängern.

«Das Projekt Wil West ist eine Nummer zu gross»

Noch keine Zusagen. Kurt Egger zweifelt, ob genügend Interessenten für das Entwicklungsgebiet gefunden werden.

Namhafte Firmen sind bisher keine bekannt. Einst wurde die ETH ins Spiel gebracht, auch von grossen Playern der Technologiewelt träumt man. Sie sollen sich im Grenzgebiet von Münchwilen, Sirmach und Wil niederlassen, wo dereinst bis zu 3000 Menschen arbeiten sollen. Schon seit Jahren wird das Entwicklungsgebiet Wil West geplant. Angepeilt ist, dass 2023 die ersten Bagger auffahren. Doch noch immer ist unklar, welche Firmen sich tatsächlich einst dort ansiedeln werden.

Ein «grundsätzliches Interesse» von Unternehmen bestche durchaus. Das hätten verschiedene Anfragen gezeigt, schreibt die Thurgauer Regierung als Antwort auf eine Interpellation von Kurt Egger (Grüne, Eschlikon). Noch immer sei es aber zu früh, konkrete Abmachungen zu treffen. «Die noch fehlende Verbindlichkeit der Planungsgrundlage und die Unsicherheiten hinsichtlich des Zeitpunktes für einen möglichen Baustart lassen Verhandlungen derzeit als verfrüht erscheinen», heisst es aus dem Regierungsgebäude.

Die Infrastrukturkosten – inklusive neuem Autobahnanschluss, dem Kern des Anliegens – belaufen sich für den Bund, die Kantone Thurgau und St. Gallen sowie die Gemeinden Münchwilen, Sirmach und Wil

auf über 150 Millionen Franken, weiss Egger. «Das Projekt ist gut aufgeleitet und organisiert, aber für die Region eine Schuhnummer zu gross.»

Für Egger ist die fehlende Gewissheit, welche Unternehmen sich wirklich auf dem künftigen, 14 Fussballfelder grossen Wirtschaftsgebiet niederlassen werden, ein Risiko. Der grüne Politiker setzt ein Fragezeichen dahinter, ob tatsächlich «genügend wertschöpfungsstarke Betriebe» angesiedelt werden können, wie dies in den Projektzielen stehe. Es bestehe Gefahr, «dass viel in eine Infrastruktur investiert wird, welche in diesem Ausmass nicht nötig wäre». Eine auf dem Reissbrett entworfene Infrastruktur zu erstellen, bevor klar ist, wer sie nutzen



Kurt Egger, Kantonsrat, Grüne, Eschlikon. Bild: PD

wird, mache für ihn kaum Sinn. Ganz anders blickt man in Frauenfeld auf das Grossprojekt, das aktuell aus wirtschaftlicher, raumplanerischer und verkehrstechnischer Sicht zu den wichtigsten Vorhaben im Kanton Thurgau gehört: «Aus Sicht des Regierungsrates geht es nicht darum sicherzustellen, dass keine grossen Investitionen in Infrastrukturen getätigt werden, bevor Käufer für die Areale vorhanden sind. Vielmehr ist das Areal so auszustatten, dass es für Ansiedlungswillige interessant wird.» Die Projektpartner seien überzeugt, dass eine angestrebte Belegung des Areals nur möglich sein werde, «wenn in die zentralen Infrastrukturelemente vorinvestiert wird». Es solle damit ein attraktiver Wirtschafts- und Arbeitsstandort geschaffen werden, abgestimmt auf die Bedürfnisse der modernen Gesellschaft.

Planungshoheit an den Kanton abgetreten

Egger stört sich auch an der fehlenden Mitbestimmung für die Bevölkerung. Denn für das Projekt Wil West wurde eine kantonale Nutzungszone erlassen. Sie hat ihren Ursprung in den 1990er-Jahren, um unter dem Eindruck des damaligen «Abfallnotstandes» sicherzustellen, dass die notwendige Infrastruktur wie Kehrverbrennungs-



Das Entwicklungsgebiet Wil West soll die Ansiedlung von 2000 bis 3000 Arbeitsplätzen ermöglichen. Bild: Hanspeter Schiess und Urs Bucher

anlagen oder Deponien bei Bedarf gegen den Willen einer Gemeinde realisiert werden kann.

«Die Dimension des Vorhabens und die Interessenlagen auf den unterschiedlichen staatlichen Ebenen haben die Gemeinden Münchwilen und Sirmach aber veranlasst, den Erlass einer kantonalen Nutzungszone zu beantragen», schreibt der Regierungsrat und verweist auf die Gemeindeversammlungen, an denen die Stimmberechtigten dies guthiessen.

Damit hätten die Gemeinden vor allem die Planungskosten abgetreten, sagt Egger, die den Kanton Thurgau gegen sechs Millionen Franken kosten. «Mit der kantonalen Nutzungszone werden die demokratischen Rechte ausgehebelt: Es gibt weder eine Volksabstimmung noch eine Referendumsmöglichkeit», bedauert Egger.

Der Kanton beschwichtigt hingegen in seiner Interpellationsantwort: «Auch kantonale Nutzungspläne sind Pläne nach Raumplanungsgesetz, weshalb die Bevölkerung über Ziele und Ablauf der Planung zu unterrichten ist und die Planungsbehörde für geeignete Mitwirkungsmöglichkeiten zu sorgen hat.» Direktbetroffene hätten zudem die üblichen Einsprache- und Rechtsmittelmöglichkeiten.

Silvan Meile